

Postulat Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!) vom 26. August 2008: Wegleitung für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse in der Stadt Bern; Fristverlängerung

Mitwirkungsverfahren haben in den Schweizer Städten – so auch in Bern – zunehmende Bedeutung erlangt und werden immer mehr zu einem Teil der Verwaltungskultur. Neben einer Vielzahl formell geregelter Mitwirkungsmöglichkeiten wie Vernehmlassungen oder öffentliche Auflagen sind dies insbesondere ergänzende, freiwillige Formen der Mitwirkung. Beispiele dafür sind die Agenda 21-Projekte, das Kinderparlament, die p_a_r_t-Stelle für Jugendliche oder die Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen (WUV), welche partizipativ angelegt sind.

Partizipation bedeutet Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben und stärkt die ganze Stadtbevölkerung. Partizipation schafft Selbstvertrauen, Identifikation und generationenübergreifende Beziehungen und trägt somit zur Integration bei. Die Beteiligung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bringt neue und innovative Lösungen.

Damit es dazu kommt, braucht es Engagement von verschiedenen AkteurInnen: EntscheidungsträgerInnen (PolitikerInnen, Behörden, Vorstände), die konzeptionelle Grundlagen und finanzielle Ressourcen dafür zu Verfügung stellen. Fachleute, die Partizipationsprozesse initiieren und begleiten können.

Nur so wird Partizipation zu einem lebendigen Gestalten eines Gemeinwesens durch die ganze Stadtbevölkerung d.h. auch durch Jugendliche, Kinder, MigrantInnen, SeniorInnen usw. Vielseitige Partizipation schafft das Recht, sich am lokalen Leben aktiv beteiligen zu können und verpflichtet, dies verantwortungsvoll, mit Rücksicht auf unterschiedliche Bedürfnisse zu tun. So ist Partizipation gelebte Demokratie!

Es muss ein klares Ziel des Gemeinderates und der Stadtverwaltung sein, dass die Vorhaben und Projekte der Stadt in einem kooperativen und partizipativen Klima angegangen werden. Denn die Zusammenarbeit mit Direktbetroffenen steigert die Effizienz und Effektivität des staatlichen Handelns erheblich.

Weil Mitwirkungsverfahren hohe Ansprüche an alle Beteiligten stellen, wurde in vielen Städten, so beispielsweise in der Stadt Zürich, eine Wegleitung als Arbeitshilfe für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse erarbeitet. Wer ein Mitwirkungsverfahren plant, hat vieles zu beachten, was oft nicht in ihrer/seiner Kernkompetenz liegt. Die Wegleitung hilft die richtigen Fragen zu stellen, zeigt auf, was in den verschiedenen Prozessphasen (Vorabklärung, Vorbereitung, Durchführung, Umsetzung der Ergebnisse) beachtet werden muss und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Mitwirkungsverfahren überhaupt Sinn macht.

Eine solche Wegleitung für die Durchführung von partizipativen Prozessen ist auch für die Stadtverwaltung Bern notwendig und sinnvoll.

Die Junge Alternative JA! und das Grüne Bündnis bittet deshalb den Gemeinderat folgende Anliegen zu prüfen:

1. Die Bildung einer städtischer, Arbeitsgruppe welche, mit Einbezug von TOJ, DOK, vbg und Quartierkommissionen, eine Wegleitung betreffend Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse für die Stadtverwaltung ausarbeitet.
2. Die Wegleitung Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse dem Stadtrat zur Kenntnis vorzulegen.

Bern, 26. Juni 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!), Stéphanie Penher, Karin Gasser Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rolf Zbinden, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Wie bereits in der Antwort zur gleichnamigen Motion vom 11. November 2010 ausgeführt, sind Mitwirkungsverfahren auch für den Gemeinderat wichtige Instrumente des politischen Prozesses. Es ist im Interesse des Gemeinderats, dass die Stadtverwaltung qualitativ hochstehende Mitwirkungsverfahren durchführt, die es erlauben, die Anliegen der Bevölkerung so gut wie möglich in Projekte einfließen zu lassen oder Ideen, die direkt aus der Bevölkerung kommen, aufgreifen zu können, mit andern Worten die Stadt im Interesse und Sinn ihrer Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Deshalb hat sich der Gemeinderat am 18. August 2010 auch bereit erklärt, dieses Postulat entgegen zu nehmen.

Die Stadtverwaltung ist nun dabei zu eruieren, wie weit die Erarbeitung einer allgemeingültigen Wegleitung tatsächlich als Bedürfnis artikuliert wird oder allenfalls andere Massnahmen Ziel führend sind.

Ende Oktober 2011 wird die Direktion für Bildung, Soziales und Sport eine Tagung durchführen zum Thema „Wirkungsvolle Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bern“. Gemeinsam mit Fachpersonen soll dort erörtert werden, wie eine gute und wirkungsvolle Mitwirkung aussehen kann, wie vorzugehen ist, wie die Zielgruppen erreicht werden können etc. Es bietet sich an, die Ergebnisse dieser Tagung in die laufenden Abklärungen einzubeziehen. Auch die Fassung der unterschiedlichen - und teilweise divergierenden - Bedürfnisse in der Verwaltung, die momentan läuft, beansprucht Zeit.

Am 1. September 2011 hat der Stadtrat die Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Rahel Ruch, JA!): Wegleitung für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse in der Stadt Bern behandelt. Diese wurde in ein Postulat gewandelt und als solches angenommen. Da es inhaltlich bei diesem Vorstoss genau um das Gleiche geht wie bei dem vorliegenden, macht es unter dem Aspekt von effizienter Verwaltung Sinn, die Beantwortung dieser beiden Vorstösse terminlich und inhaltlich zu koordinieren.

Nach Artikel 61 Absatz 5 des Geschäftsreglements vom 12. März 2009 des Stadtrats von Bern (Stadtratsreglement; GR SR; SSSB 151.21) ist dem Stadtrat bei erheblich erklärten Postulaten innerhalb eines Jahrs über die Resultate der Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten oder ein begründeter Antrag auf Erstrecken der Frist zu stellen. Zum vorliegenden Postulat müsste der Prüfungsbericht dem Stadtrat bis am 3. November 2011 unterbreitet werden. Aus den vorstehend dargelegten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Frist zur Vorlage des Prüfungsberichts des Postulats bis zum 31. August 2012 (Fristablauf des zweiten Postulats) zu verlängern.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!) vom 26. August 2008: Wegleitung für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse in der Stadt Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Berichterstattung bis zum 31. August 2012 zu.

Bern, 26. Oktober 2011

Der Gemeinderat